

Dolle, 06.03.2022

Das Scheitern des Militärischen und wie die Bundespolitik sich der Realität verweigert.

Die Bundesregierung versucht derzeit durch eine völlig undifferenzierte Bewertung der Ukraine, unsere Gesellschaft zu so etwas wie einer ideologischen Kriegspartei zu machen. Tatsächlich hat die Regierung die BRD bereits durch die Waffenlieferungen an die Ukraine zur Kriegspartei gemacht.

Die Wahrheit zählt immer zu den ersten Opfern des Krieges.

Die Berichterstattung russischer Medien wird gleichzeitig wegzensiert, als ob wir keine mündigen Menschen wären. Erstaunlich finde ich, dass sich gegen diese autoritäre und übergriffige Zensur fast keine Empörung formuliert.

Wie weit sind wir bereits auf dem Weg in einer sich schließenden Gesellschaft fortgeschritten? Was ist noch übrig von der Freiheit der Presse, von der Freiheit des Wortes, von der Freiheit der eigenen Meinung?

Ich habe erheblich mehr Fragen als Antworten. Aber ich habe auch ein menschliches Fundament, welches trotz dieser Ungewissheiten ein verlässlicher Kompass geblieben ist.

Somit kann ich nicht anders, als jeden Krieg abzulehnen. Jeden Krieg bedeutet aber auch, den sinnlosen Krieg, den die Ukrainische Regierung Verteidigung nennt und wofür sie Familien, die auf der Flucht ins Ausland sind trennt, um alle männlichen Familienmitglieder zwischen 18 und 60 Jahren mit Gewalt in den Krieg zu treiben.

Die ukrainische Armee kann gegen die russische Armee militärisch nicht dauerhaft bestehen. Sie kann ihr Verlieren nur zeitlich hinauszögern und das Blutvergießen dadurch vergrößern. Eine menschliche ukrainische Regierung würde die Armee kapitulieren lassen und anschließend durch Nichtzusammenarbeit mit dem Aggressor das Land für diesen uninteressant machen.

Mit einer so verantwortlichen Regierung könnte ich sofort solidarisch sein. Mit einer, die aus welchen Motiven auch immer, das Blutvergießen sinnlos verlängert, kann ich es nicht, ich kann sie nur ebenso ablehnen, wie die Aggression. Aggression und Verteidigungskrieg sind unmenschlich.

Und wir alle wissen das und es gibt historische Beispiele für gelungene, soziale Verteidigung und auch zahlreiche für sinnlose Verteidigungskriege. Erinnern wir uns an den zweiten Weltkrieg.

Frankreich verfügte über eine Armee, die zu keinem Zeitpunkt in der Lage gewesen ist, der faschistischen Wehrmacht den militärischen Sieg zu verwehren. Trotzdem wurde diese Armee eingesetzt und der Krieg verlängert und blutiger, als bei einer sofortigen Kapitulation. In der Folge konnte Deutschland eine sehr brave, französische Regierung installieren, die die Judenverfolgung weitgehend nach den Wünschen Berlins umsetzte.

Und dann schauen wir uns einmal Dänemark an. Dänemark ließ sich militärisch überrollen. Teilweise gab es durchaus Kollaborateure, aber diese konnten die den Besatzern mehrheitlich entgegengebrachte Nichtzusammenarbeit und Ablehnung nicht ausgleichen. Und als sich die jüdischen BewohnerInnen zum Zwecke ihrer Deportation einen gelben Stern anstecken mussten, ritt der dänische König am ersten Sonntag nach diesem Befehl mit einem gelben Stern am Jackett aus und wurde vielfach gesehen. Seinem Vorbild folgten so viele Menschen, dass der gelbe Stern zur Stigmatisierung nicht mehr taugte und die Deportation brach zusammen, bevor sie begann.

Dieses Beispiel zeigt, dass soziale Verteidigung selbst gegen unmenschlichste Aggressoren wirksam ist.

Extra betonen möchte ich in dieser auch von willentlichem Missverstehen gequälten Zeit, dass ich mit diesem Rückgriff auf die Geschichte auf keinen Fall einen Vergleich des faschistischen Deutschlands mit Russland anstelle. Derartige, völlig falsche Dummdreistigkeiten überlasse ich gewissenlosen Politikern, wie dem ehemaligen Bundespräsidenten Gauck,

Das Militärische taugt nichts gegen übermächtige Aggressoren. Und spätestens die begrenzten Ressourcen unserer Erde verunmöglichen es, dass sich jedes Land eine gleich starke Armee, wie die aggressivsten Staaten, zulegt.

In Berlin glaubt man diese ganz einfache Tatsache durch 100 Milliarden Euro wegkaufen zu können. Wie groß ist die Dummheit dort? Und wie glaubhaft ist der angebliche politische Wille, dem uns alle bedrohenden Klimawandel noch etwas entgegenzusetzen zu wollen?

Das Militärische hat weder in Libyen, noch im Irak, noch in Afghanistan, noch im ehemaligen Jugoslawien und auch nicht in Syrien und auch nicht in Palestina oder in Israel je zu menschlicheren Verhältnissen geführt.

Und trotz der langen Liste des Versagens und der noch längeren Liste der Opfer, schreiben die uns Regierenden dieser tödlichen Sinnlosigkeit weiterhin Lösungskompetenzen zu, die das Militärische nachweislich nicht hat.

Was spricht gegen soziale Verteidigung? Sie entspringt dem gewaltfreien Widerstand. Gewaltfreier Widerstand wird oft verwechselt mit Passivität

und Unterlassung. Dies ist Grund verkehrt. Vielmehr handelt es sich dabei um eine kraftvolle Kampfform, die sich weigert, einen Feind zu erkennen. Vielmehr sieht sie im Konflikt eine Situation, in der alle Betroffenen an einem Unrecht leiden und das Leid nur überwunden werden kann, wenn der Unrechtszustand überwunden wird. Ein Mittel dieser Kampfform ist die Nichtzusammenarbeit mit einem Aggressor.

Eine in dieser Technik geübte Gesellschaft braucht keine Waffen, wenn sie entschlossen das Erlernte anwendet. Eine solche Gesellschaft würde natürlich auch Unrechtszustände, wie soziale Verwerfungen notfalls gegen die eigene Regierung mit den gleichen Mitteln durchsetzen. Und genau diese Tatsache erklärt, warum unsere Regierung lieber 100 Milliarden Euro verpulvert und den Klimawandel weiter forciert und sinnlose und unmenschliche Kriege vorbereitet, als der Logik folgend die soziale Verteidigung beginnt zu diskutieren und eintrainieren zu lassen.

Noch mehr Angst, als vor jedem militärischen Aggressor hat unsere Regierung vor einer mündigen, sich ihrer gewaltfreien Kräfte bewussten Bevölkerung, die tatsächlich solidarisch miteinander umgeht.

Russlands Regierung hat sich durch die seit über 2 Jahrzehnten andauernde, Kriegspolitik der Nato in die Unlogik der Gewaltpolitik hineinziehen lassen, ist selbst zu einem Aggressor mutiert. Natürlich ist es unsere Aufgabe, dies ebenso zu verurteilen, wie die Nato Raubkriege und von Nato-Staaten in anderen Ländern organisierten, gewaltsamen Regierungswechsel.

Derzeit erleben wir eine wirklich freche Umdeutung unserer Kriegskritik zu einer Aufrüstungszustimmung durch die Bundesregierung. Auch dem gilt es deutlich zu widersprechen, führt diese Entwicklung unweigerlich in der Folge zu mehr Spannungen und weiteren Kriegen.

Ich befürchte, dass unsere Kritik und unsere Appelle ebenso verhallen werden, wie in den Jahren zuvor, wenn wir nicht selbst beginnen, die soziale Verteidigung zu diskutieren und einzuüben. Die gewählten VertreterInnen in den Parlamenten werden dem sich zuspitzenden Militarismus nicht in den Arm fallen, sondern ihn mehrheitlich scheinlegitimieren.

Malte Fröhlich